

Resolution der SP Schweiz verabschiedet am Parteitag in Sursee, 17. September 2006

Für eine aktive Aussenpolitik der Schweiz im Dienste eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten

Zweistaatenlösung: Die SP Schweiz ist überzeugt: Die Grundlage für einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten besteht darin, dass alle Konfliktparteien und die ganze Völkergemeinschaft den Staat Israel innerhalb sicherer, völkerrechtlich festgelegter Grenzen anerkennen und gleichzeitig ein lebensfähiger Staat Palästina geschaffen werden kann.

Gewährleistung des Waffenstillstandes: Die SP ist erleichtert, dass es der UNO mit der Resolution 1701 – leider erst sehr spät – gelungen ist, den offenen Krieg im Nahen Osten zu beenden. Der von der UNO geforderte und durchgesetzte Waffenstillstand bildet die unabdingbare Voraussetzung für die Beendigung der Gewalt, die unverzichtbare humanitäre Hilfe an die Zivilbevölkerung namentlich im Libanon und im Gazastreifen und eine politische Lösung des Konflikts.

Stärkung der libanesischen Souveränität: Die SP ist überzeugt, dass der Staat Libanon in der Wahrnehmung und Durchsetzung seiner Souveränität unterstützt werden muss, damit er alle Angriffe von seinem Territorium aus gegen Dritte unterbinden, das staatliche Gewaltmonopol herstellen, seine Grenzen vor Waffeneinfuhren wirksam kontrollieren und mit seinen Nachbarn, einschliesslich Israel, geregelte und friedvolle Beziehungen unterhalten kann.

Inakzeptable Attacken der Hisbollah: Die SP verurteilt die inakzeptablen, völkerrechtswidrigen Attacken der Hisbollah gegen Israel und geht mit der UNO einig, dass die vollständige Entwaffnung der Hisbollah und ein Stopp aller Waffenlieferungen an die Hisbollah und an andere irreguläre bewaffnete Gruppen im Libanon für die Herstellung des Gewaltmonopols und der Souveränität des Libanons und eine Rückkehr zum Friedensprozess unverzichtbar sind.

Inakzeptabler Libanonfeldzug: Die SP ist überzeugt, dass der israelische Staat mit seiner inakzeptablen und unverhältnismässigen Reaktion, die im Gazastreifen und im Libanon unterschiedslos massive Schläge gegen die Zivilbevölkerung und gegen zivile Einrichtungen beinhaltete, gegen die Genfer Abkommen versties. Terror und Hass können nicht mit massiven Militärschlägen gegen die Zivilbevölkerung bekämpft werden, sondern werden so nur gestärkt. Der Umstand, dass die Hisbollah-Angriffe inmitten aus zivilen und kommunalen Einrichtungen des Libanons ausgeführt wurden, entbindet den Staat Israel nicht davon, das humanitäre Völkerrecht zu beachten.

Kein Stellvertreterkrieg: Die Rolle der USA im Nahostkonflikt, aber auch jene von Iran und Syrien sind inakzeptabel. Diese Staaten heizen den Konflikt an, statt die Gewalt einzudämmen.

Inakzeptable Sperranlage: Die SP verurteilt die Fortsetzung des Mauerbaus durch Israel, dessen Linienführung der internationale Gerichtshof für völkerrechtswidrig erklärt hat, die Abriegelungs-, Besetzungs- und Siedlungspolitik und das Festhalten am Besitz von Atomwaffen. Israel hat seine innere Stärke bisher nur ungenügend in eine friedenspolitische Perspektive eingebracht, um mit den Palästinensern an einem gerechten, umfassenden, sicheren und nachhaltigen Ausgleich zu arbeiten, der zur Schaffung eines Staates Palästina in nachbarschaftlicher Prosperität und Zusammenarbeit mit Israel führen kann.

Die SP Schweiz fordert den Bundesrat auf,

- a) das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten in der **Führung einer aktiven Aussenpolitik** im Dienste der Zivilbevölkerung in Israel, im Libanon, in Palästina und in der ganzen Region zu unterstützen. Die Wirkung der Schweizer Aussenpolitik und ihr Gewicht in der Welt kann nur gewinnen, wenn sie umfassend für die Verteidigung der Menschenrechte, des Völkerrechts und des Friedens einsteht;

- b) für die geschundene Zivilbevölkerung im Libanon und in der ganzen Region **grosszügig finanzielle und humanitäre Hilfe** zu leisten, die unbürokratisch und nachhaltig ist und direkt, transparent und kontrollierbar Verwendung findet. Es ist alles daran zu setzen, den Flüchtlingen und Vertriebenen eine sichere Rückkehr zu ermöglichen. Die Völkergemeinschaft muss Vertrauen zurück gewinnen, das sie im jüngsten Krieg durch ihr allzu langes Abwarten in der Zivilbevölkerung der Region verloren hat;
- c) den bestehenden **Stopp von Schweizer Kriegsmaterialexporten** in die Region auf den Stopp von Waffenlieferungen an Private und Bauteillieferungen für den Weiterexport an Länder wie die USA und auf alle Staaten der Region auszuweiten, namentlich auf Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten und Jordanien. Die militärische und rüstungsindustrielle Zusammenarbeit ist mit allen Staaten der Region zu stoppen, einschliesslich die laufende Beschaffung eines Integrierten Funkaufklärungs- und Sendesystems (IFASS) für 395 Millionen, wovon 147 Millionen auf direkte Beschaffungen in Israel entfallen. Unverzüglich zu sistieren ist auch jegliche Zusammenarbeit auf militärischer Ebene, gemeinsame Übungen, der Empfang und Besuch von hohen Offizieren aus der Region und die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit mit Israel. Zudem ist der Schweizer Luftraum für Nachschub-Flugzeuge, die Militär- und Rüstungsgüter an einzelne Kriegsparteien im Nahen Osten liefern, zu sperren. Die aktuelle einseitige militärische Begünstigung und rüstungsindustrielle Kooperation mit Israel schadet der friedenspolitischen Rolle, die die Schweiz in der Region wahrnehmen kann und soll;
- d) die **Entsendung von Schweizer Soldaten** an die geplante UNO-Friedensmission im Libanon im Rahmen des vom Militärgesetz gegebenen Rahmens zu prüfen. Liegt ein klares UNO-Mandat und das Einverständnis der wichtigsten Konfliktparteien vor, so ist ein militärischer Beitrag der Schweiz im logistischen Bereich (medizinische oder Genie-Einheit) zu unterstützen, wenn die Mission zur Stabilisierung des Friedens beiträgt, dem Schutz der Zivilbevölkerung und der Fähigkeit zur humanitären Hilfeleistung dient und eine Beteiligung von Schweizer Truppen an offenen Kampfhandlungen ausgeschlossen ist;
- e) alles daran zu setzen, damit im Nahen Osten eine Logik des Friedens und der Versöhnung gestützt werden kann. Die friedenspolitische Aufbauarbeit, die mit der von der Schweiz unterstützten **Genfer Initiative** geleistet worden ist, soll fortgesetzt und in Form einer regionalen Initiative unter Einbezug der Zivilbevölkerung intensiviert werden. Es braucht direkte Verhandlungen mit allen staatlichen und nichtstaatlichen Konfliktparteien nach dem Grundprinzip «Land gegen Frieden», wie es in der «Road map» für eine Zweistaatenlösung vorgesehen ist;
- f) ein **Treffen zwischen den Vertragsparteien der Genfer Konventionen** vorzubereiten entsprechend dem von Bundesrat und Nationalrat angenommenen Postulat 04.3233 der SP-Nationalrätin Liliane Maury Pasquier, und die Resolution ES-10/15 der Uno-Generalversammlung umzusetzen, in der diese die Schweiz als Depositarstaat der Genfer Konventionen ersucht, Konsultationen im Hinblick auf eine bessere Beachtung des humanitären Völkerrechtes durch die betroffenen Parteien zu führen;
- g) der **gerechten Lösung des Flüchtlingsproblems** besondere Beachtung zu schenken nach dem in der UN-Sicherheitsrats-Resolution 242 festgelegten Grundsatz und in der Genfer Initiative ausgehandelten Perspektive. Die Schweiz soll sich bereit erklären, in dem hierfür vorgesehenen internationalen Gremium mitzuarbeiten. Ebenso soll sich die Schweiz jetzt einsetzen, dass in den Ländern, in denen die Flüchtlinge und deren Nachkommen immer noch Diskriminierungen wie Berufsverbote, Niederlassungsrestriktionen und Verweigerung von Bürgerrechten ausgesetzt sind, solche Benachteiligungen umfassend aufgehoben werden;
- h) auch in der Schweiz Initiativen zu unterstützen, die sich **gegen alle Formen der Hass- und Gewalthetze**, namentlich gegen Antisemitismus und Antiislamismus, wenden und wie der Rat der Religionen für den Dialog zwischen den Kulturen eintreten, damit die Gewalteskalation im Nahen Osten sich nicht negativ auf das Zusammenleben der Kulturen in der Schweiz auswirkt.